Nr. 583. 46. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Mittwoch, 14. November 1917

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Primolano und Feltre genommen.

Der Sturz des Kabinetts Painlevé.

Paris, 13. November. (Havas.) **Nach Besprechung von Interpellationen über die diplomatische und militärische Lage nahm die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen eine Vertrauenstagesordnung für die Regierung an. Nach Schluß der Kammer tritt das Ministerium zurück.**

Paris, 13. November. (Havas.) **Kammer. Die Regierung forderte die Vertagung der Interpellationen über die gerichtlichen Zwischenfälle. Die Kammer lehnte die Vertagung mit 277 Stimmen gegen 186 Stimmen ab und brachte hierdurch die Regierung in die Minderheit.**

Selten kam der Sturz einer Regierung so wenig überraschend wie der Sturz des Kabinetts Painlevé. Es ist dem Ministerpräsidenten Painlevé ungefähr so gegangen wie es dem Reichskanzler Michaelis erging: jeder sagte, daß er ein ausgezeichneter Fachminister gewesen und ein gänzlich unzureichender Regierungsleiter geworden sei. Als Kriegsminister hatte Painlevé sich nach allgemeiner Ansicht vortrefflich bewährt, an der Spitze des Ministeriums versagte er total. Es fehlte ihm ziemlich alles, was man in Frankreich auf diesem Posten braucht: Gewandtheit, dominierende Rednergabe, Geistesgegenwart. Man hatte sich darüber geeinigt, daß er durch einen anderen Mann ersetzt werden müsse, und nur über den Namen des anderen Mannes bestand, und besteht noch, keine Einigkeit. Er selbst wußte vermutlich, daß er gestern fallen würde, und betonte ja auch fortwährend, daß die Kammer „ohne jedes Kameradschaftsgefühl und in voller Freiheit" beschließen solle, und daß er bereit sei, zu gehen.

Seine Regierungszeit war erheblich kürzer als die Regierungsperioden seiner Vorgänger, der Viviani, Briand und Ribot — sie hat nur gerade zwei Monate gewährt. Am 12. September übernahm er die Erbschaft Ribots, dem er das Ministerium des Aeußern überließ. Am 25. Oktober mußte er sein Kabinett umbilden und den alten Ribot ausschiffen, der seit seiner zweideutigen Haltung in der Kriegszielfrage und seit der Verweigerung der Stockholmer Pässe den Sozialisten eine sehr unliebsame Erscheinung geworden war. Painlevé gab das Aeußere nun dem Herrn Barthou, was die Situation nicht sehr viel änderte, obwohl der ehemalige Sozialistentöter Barthou sich jetzt deutlich um die Gunst der äußersten Linken bewarb. Die Sozialisten traten in das Kabinett nicht ein, und ebenso hielt sich die von Caillaux geleitete Gruppe zurück. So stand das Kabinett auf keiner festen Grundlage; es war sofort allen möglichen Zufällen und Unfällen ausgesetzt.

An solchen Zufällen und Unfällen hat es während der Painlevéschen Zweimonatsregierung nicht gefehlt. Im Osten und im Süden hagelte das Unglück auf die Entente herab. Die Dinge in Rußland wurden immer wirrer, bis schließlich Kerenski, den man in Frankreich schon sehr wenig liebte, noch gar durch Lenin beseitigt wurde, den man nur einen Verräter, einen bezahlten Agenten Deutschlands nennt. An der italienischen Front erfolgte, ungeahnt der furchtbare Zusammenbruch. Und während das alles draußen geschah, war im Innern Frankreichs die Luft durch Skandalgeschichten verpestet, in denen ein Teil der Presse — dirigiert von den Nationalisten Maurice Barrès, Maurras, Léon Daudet und von dem senil verbissenen Clemenceau — mit Wollust zu wühlen schien. Zuerst applaudierte man, als das Kabinett Painlevé anscheinend mit kräftiger Hand in die „Schlupfwinkel des Verrats, der Spionage und des unbewußt verräterischen Pazifismus" hineingriff und einen Verdächtigen nach dem anderen verhaften ließ. Aber auf der Linken erkannten doch viele sehr bald, daß die Regierung, ohne es zu wollen, die Geschäfte der nationalistisch-klerikalen Antirepublikaner besorgte, und daß das allmählich immer klarer hervortretende und zuletzt offen eingestandene Ziel der ganzen Enthüllungskampagne die Diskreditierung der sozialistisch-radikalen Elemente, und vor allem Caillaux und Malvys sei. Malvy sollte als Minister des Innern die „pazifistischen Umtriebe" begünstigt. Die Verräterei geduldet, Bolo Pascha, die Almeireyda und Duval vom „Bonnet Rouge", die Lenoir und Desouches, die mit den ihnen von dem Schweizer Großindustriellen Schoeller gelieferten, angeblich deutschen Millionen von Bolo Pascha das „Journal" gekauft hätten, und all die anderen mehr oder weniger seltsamen Existenzen nicht genügend überwacht haben, und als sein ehemaliger Kabinettschef und Sicherheitspolizeichef Leymarie in die Untersuchung hineingezogen wurde, war das für die Nationalisten und ihren Alliierten Clemenceau ein großer Triumph. Caillaux — das freilich mit einer gründlichen Widerstandskraft und gesunden Zähnen ausgerüstete Wild, dem man mit besonderer Begierde auflauerte — soll den Leuten des „Bonnet Rouge" und des antinationalistischen „Pays" finanzielle Unterstützung geliehen haben und wird beschuldigt, immer noch Anhänger einer Versöhnung mit Deutschland zu sein. Herr Painlevé und sein Justizminister Perett begriffen, daß sie etwas tun müßten, um die Linke zu beruhigen, die durch diese ganze Skandalkampagne sehr nervös geworden war. Sie taten um etwas zu tun, etwas sehr Törichtes: sie ließen im Bureau der nationalistisch-royalistischen „Action Française", deren Herausgeber Léon Daudet und Maurras sind, eine Haussuchung vornehmen, und fahndeten nach einem antirepublikanischen Komplott. Man fand in der Redaktion der „Action Française" Papiere, die offenbar nicht sehr beweiskräftig schienen, und ungefähr zweihundertundsechzig Revolver, Totschläger, Gummiknüttel und andere Waffen, die, wie ihre Eigentümer versichern, schon aus jenen Tagen dort lagerten, in denen es noch keinen Krieg und keinen „Burgfrieden" gab. Um Eindruck zu machen, die Einleitung eines Verfahrens zu rechtfertigen und dadurch auch die Linksrepublikaner zu befriedigen, war das Resultat dieser häuslichen Durchforschung zu gering.

In solchen Stimmungen und Verstimmungen trat gestern die Kammer zusammen. Draußen auf den Kriegsschauplätzen und im Innern des eigenen Hauses gab es nichts, was ermunternd wirken konnte — es war, wie man am Spieltisch sagt, die „schwarze Serie", die „série noire". Painlevé, der sich eben von Lloyd George getrennt hatte, stieg auf die Rednertribüne und trug Erklärungen über die auswärtige Lage vor. Es war, wie er zweifellos wußte, sein Schwanengesang. Er sprach von Rußland und von Italien und kündigte die Bildung des gemeinsamen Obersten Kriegsrates an. Dieser Oberste Kriegsrat soll aus zwei Vertretern jeder Regierung gebildet werden mindestens einmal im Monat auf französischem Boden zusammentreten, und ein ständiger gemeinsamer Generalstab der Alliierten soll ihm seine Unterstützung leihen. Damit hofft man, die „Einheit der Front", die Einheitlichkeit der Kriegsleitung, herzustellen. Es war zu erwarten daß dieses Projekt vielen als eine Halbheit erscheinen würde, die es, sanft ausgedrückt, natürlich auch ist. Der Radikale Abel Ferry erklärte, man schaffe nur eine neue „Geheimkanzlei der Alliierten", und Millerand rief nach einem Oberfehlshaber für alle alliierten Armeen, nach einem Generalissimus. Die Sozialisten lärmten bei diesem Vorschlag — einmal, weil sie keinen einzelnen Mann zu hoch erhöhen wollen, und dann, weil der Vorschlag von dem ihnen ganz besonders unsympathischen Millerand kam. Aber es ist aus dem Bericht deutlich zu spüren — und ließ sich, wie gesagt, vorhersehen —, daß die Kammer durch die Schaffung des „Obersten Kriegsrates" keineswegs befriedigt war. Indessen, die meisten wollten das Kabinett Painlevé nicht über eine militärisch-politische Frage stürzen, und auch nicht nach einer Debatte über die auswärtige Politik. Man gab ihm ein letztes Vertrauensvotum, mit 250 gegen 192 Stimmen, und wußte, daß die Krisis damit nur um Minuten aufgeschoben sei. Denn gleich hinterher stand eine Interpellation über die innere Politik und über die Verratsgeschichten auf der Tagesordnung, und die Regierung war einer sofortigen Besprechung dieser Interpellation abgeneigt. Die Abstimmung über die Vertagungsfrage bot zur Herbeiführung einer Entscheidung die günstigste Gelegenheit. Nachdem noch der sozialistisch-radikale Deputierte und ehemalige Offizier Accambray die Bestrafung derjenigen, die ihn als Feigling verdächtigt hatten, gefordert, kam die Abstimmung heran. Nur 186 Deputierte stimmten für, 277 gegen die Regierung, das Schicksal des Kabinetts Painlevé hatte sich erfüllt.

Wird nun wieder Briand folgen oder Clemenceau? Bis vor kurzem schien ein Kabinett Clemenceau schon deshalb ganz unmöglich, weil zwischen Poincaré und dem sogenannten „Tiger" eine erbitterte Feindschaft bestand. Aber Clemenceau kann auch anders, und Poincaré, in der Notlage, ebenfalls. Daß mit einem Kabinett Clemenceau gerechnet würde, ging aus der Tatsache hervor, daß die sozialistische Partei der Kammer vor einigen Tagen zusammentrat und einstimmig eine besondere Erklärung aufsetzte, worin sie im Voraus gegen ein Ministerium unter Clemenceau aufs schärfste Stellung nahm. Clemenceau hat dadurch wieder erheblich viel von dem Terrain verloren, das er anscheinend durch seine Aussöhnung mit dem Elsaßbewohner gewonnen hat. Ein neues Ministerium Briand wäre der äußersten Linken gewiß auch nicht besonders angenehm. Aber Briand hat sich neue Sympathien erworben, indem er, im Oktober, hinter den Kulissen, ungemein energisch die Ausschaltung Ribots betrieb. Vor die Wahl „Clemenceau oder Ribot?" gestellt, werden die Sozialisten und ein großer Teil der Linken zweifellos für Briand sein. Und die Mehrheit des französischen Publikums, die ein Experiment Clemenceau mit begreiflichem Unbehagen sähe, würde wohl auch noch lieber Briand annehmen, von dem sie große Ueberraschungen weder befürchtet, noch erhofft.

* * *

Das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Painlevé.

Paris, 13 November. (Havas-Meldung.

Ministerpräsident Painlevé hat in der Kammer eine Erklärung verlesen, welche beginnt. „Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit verpflichten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits haben sich die Extremisten von Petersburg dieser Stadt vorübergehend bemächtigt. Obgleich die letzten Nachrichten anzunehmen gestatten daß die einstweilige Regierung ihre Macht hat wiederherstellen können, werden die Rückwirkungen dieser Erschütterung doch noch einige Zeit fühlbar sein. Andererseits hat die

---

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

In Flandern lebte das Artilleriefeuer erst am Abend wieder auf; es nahm bei Dixmude und nördlich von Paschendaele erheblich an Stärke zu.

Oestlicher Kriegsschauplatz

und

mazedonische Front

Nichts Besonderes.

Italienische Front.

In den Sieben Gemeinden erstürmten unsere Truppen tiefverschneite Höhenstellungen der Italiener östlich von Asiago und das Panzerwerk auf dem Monte Lisser.

Primolano und Feltre sind in unserem Besitz. Längs der unteren Piave Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

„Kerenski vollständig geschlagen."

Eine Kundgebung Trotzkis.

London, 13. November. (Reutermeldung.)

Folgendes ist der vollständige Bericht über die angebliche Niederlage Kerenskis, wie er in einem drahtlosen Telegramm gemeldet wurde:

„Gestern hat die revolutionäre Armee nach einem erbitterten Kampfe bei Jarskoje Selo die gegenrevolutionären Truppen unter Kerenski und Kornilow vollständig besiegt." Im Namen der revolutionären Regierung befehle ich, allen Feinden der revolutionären Demokratie Widerstand zu bieten und alle für die Verhaftung Kerenskis notwendigen Maßregeln zu treffen. Auch verbiete ich ähnliche abenteuerliche Unternehmungen, die das Gelingen der Revolution und den Triumph der revolutionären Armee in Gefahr bringen.

gez. Murawjew,

Oberbefehlshaber der gegen Kornilow kämpfenden Truppen."

„Die Nacht vom 12. November wird in der Geschichte fortleben. Auf Kerenskis Versuch, gegenrevolutionäre Truppen gegen die Hauptstadt vorrücken zu lassen, ist eine entscheidende Antwort gegeben. Kerenski zieht sich zurück, und wir ergreifen die Offensive. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter von Petersburg wissen, daß sie mit den Waffen in der Hand ihrem Willen und der Demokratie zum Siege verhelfen müssen, und sie werden das tun. Die Bourgeoisie hat getrachtet, die Armee von der Revolution zu scheiden. Kerenski hat versucht, sie durch die Macht des Kosakentums zu vernichten. Beide Versuche sind mißglückt. Arbeiter und Bauern! Der große Gedanke der Oberherrschaft der Demokratie hat alle Ränge in der Armee vereinigt und ihren Willen gestählt. Das ganze Land wird sehen, daß die Herrschaft des Sowjet nicht nur vorübergehender Natur ist, sondern eine unabänderliche Tatsache, und daß sie die Uebermacht der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeutet. Kerenski Widerstand leisten heißt, den Grundbesitzern, Bourgeois und Kornilow Widerstand leisten. Kerenski bekämpfen bedeutet auch die Befestigung des Rechts des Volkes auf Frieden, Freiheit, Land, Brot und Macht. Die Pulkow-Abteilung hat durch einen tapferen Schlag die Sache der Revolution, der Arbeiter und Bauern gestärkt. Es darf keine Rückkehr zur Vergangenheit mehr geben. Wir müssen noch kämpfen und uns aufopfern, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, aber der Weg ist jetzt frei und der Sieg sicher. Das revolutionäre Rußland und die Sowjets haben ein Recht darauf, auf ihre Pulkow-Abteilung, die unter dem Befehl des Obersten Walden stand, stolz zu sein. Laßt uns allezeit der Gefallenen gedenken und die Kämpfenden verherrlichen. Lang lebe das revolutionäre, demokratische und sozialistische Rußland! Im Namen der Volkskommissare. gez. Trotzki."

Keine Anerkennung der Petersburger Regierung in London.

„Die Bande von Verrätern".

London, 14. November.

Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Mitteilung: „Amtliche Kreise in London können die Bande von Verrätern, die zeitweilig in Petersburg die Oberhand bekommen haben, nicht anerkennen."

verhältnismäßige Bewegungsfreiheit an der Ostfront, welche die russischen Heere den deutschen Heeren gelassen haben, den letzteren erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden: die italienische Nordostfront ist unter noch nicht aufgeklärten Umständen durchbrochen worden, und die zweite italienische Armee, die einige Wochen zuvor auf der Hochfläche von Bainsizza einen glänzenden Sieg erfochten hatte, hat auf ihrem beklagenswerten Rückzuge erhebliche Verluste erlitten. Venetien stand dem feindlichen Einbruch offen. Diese ernste und unerwartete Lage verlangte sofort eilige Maßregeln, und ohne auch nur auf einen Ruf zu warten, sind französische Truppen herbeigeeilt und haben ihren Platz an der italienischen Front eingenommen mittels einer Bewegung, deren schnelle und genaue Ausführung die Bewunderung aller, die davon haben Kenntnis nehmen können, erregt. Heute ergießen sich nun englische Truppenmassen jenseits der Alpen.

Painlevé stellte fest, daß im Augenblick der größten Schwierigkeiten keine Minute verloren worden sei, und daß die Seelengröße und das ruhige Urteil des französischen Volkes sich darin gezeigt hätten, daß kein Tadel dagegen sich erhoben habe, daß Frankreich mit dem Feinde im Lande Tausende von Landeskindern außer Landes sende, daß vielmehr die Bündnispflicht diese Truppensendung auf einen von jeher für Frankreich ruhmvollen Kriegsschauplatz erfordert hätte. Die Nationen, die die Westfront von der Nordsee bis zur Adria hielten, könnten nur auf Grund eines gemeinsamen Planes und durch enge Verbindung ihrer Heere und ihrer Hilfsquellen ihre Aufgabe durchführen, wie ja auch die Kammer vor zwei Monaten der Absicht der Regierung zugestimmt hätte, aus den Alliierten eine Nation, eine Armee und eine einheitliche Front zu machen, da ja doch jede Niederlage und jeder Sieg auf alle wirken würde. Dieses Bestreben habe nunmehr zur Vereinheitlichung der kriegerischen Tätigkeit Englands, Frankreichs und Italiens in einem

gemeinsamen Obersten Kriegsrat

geführt, dem die Vereinigten Staaten sich zweifellos anschließen würden. Verhandlungen über eine ähnliche Einrichtung würden mit Rußland und Japan geführt.

Dieser Oberste Kriegsrat, sagte Painlevé, soll nicht die Einzelheiten der Kriegsoperationen vorschreiben, sondern die allgemeine Kriegspolitik leiten und die gemeinsamen Pläne der Alliierten entwerfen und ihren Hilfsquellen und Mitteln dergestalt anpassen, daß diese die größtmögliche Leistung ergeben. Der Rat besteht aus zwei Vertretern jeder Regierung, tritt gewöhnlich mindestens einmal im Monat in Frankreich zusammen und wird von einem ständigen gemeinsamen Generalstab der Alliierten unterstützt, der zugleich Sammelstelle für alle Nachrichten und Fachbeirat ist. Die Entscheidungen des Kriegsrats werden nicht durch irgendwelchen Partikularismus beeinflußt werden, sie betreffen das Gesamtbild jeder Schlacht, werden aber von der betreffenden Regierung im einzelnen ausgearbeitet.

Gegenüber dem Einwurf, daß man nicht eine beratende Körperschaft, sondern ein einheitliches Oberkommando gebrauche, erklärte Painlevé, bei einem so schwierigen Gegenstande sei es klug, sofort das Mögliche ins Werk zu setzen, anstatt monatelang auf das Bessere zu warten; werde ein einheitliches Oberkommando eines Tages möglich, so werde es gerade solchen Generalstab nötig haben, wie er jetzt gebildet sei, und vielleicht werde gerade dieser in seiner Tätigkeit tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, die Einheit des Kommandos verwirklichen. Auch England und Frankreich sähen seine Errichtung als einen ungeheuren Fortschritt an, dem andere folgen könnten; die italienische Presse zeigte sich getröstet und begeistert, und die Engländer urteilen mit Lloyd George: Eigenbrödelei verlängert den Krieg, Zusammengehen kürzt ihn ab.

Zu der anderen großen militärischen Frage, welche das Parlament beschäftige,

der Verlängerung der englischen Front,

erklärte Painlevé: Ein vorläufiges Einverständnis ist zwischen den beiden Oberbefehlshabern getroffen worden und wird sehr bald — den Zeitpunkt zu nennen ist natürlich untunlich — durchgeführt werden. Weiter hat der Sieg an der Aisne, einer der glänzendsten dieses Krieges, durch Geradelegung unserer Front und Verbesserung unserer Stellungen einige Divisionen verfügbar gemacht, aber alle Welt hier im Hause sieht ein, daß gerade jetzt und angesichts der Kriegsvorgänge keine Rede davon sein kann, der Front weitere Jahrgänge zu entziehen. Der äußersten Anstrengung des Feindes, meinte Painlevé, müßten die Alliierten ebensolche Kraftanstrengungen entgegenstellen und dürften keinen Bruchteil ihrer kriegerischen Kraft unbenutzt lassen.

Aber nicht nur auf dem militärischen, sondern auf allen Gebieten, besonders dem wirtschaftlichen, suche die Regierung eine planmäßige Zusammenarbeit und völlige Einheit der Ziele mit den Alliierten zu erreichen; die schwebenden Verhandlungen mit England sollten dies hinsichtlich der Verpflegung beider Länder, Italiens und der anderen europäischen Alliierten ermöglichen, und ein Einverständnis darüber sei bereits erreicht; die beiden Länder würden hinsichtlich der Versorgung mit den notwendigsten Lebensmitteln einheitlich behandelt werden. Den vorläufigen Maßregeln für die Not des Augenblicks werde ein gemeinsames, planmäßiges Vorgehen folgen, welches, die notwendige Sparsamkeit vorausgesetzt, jede plötzliche Schwierigkeit ausgleichen werde. Uebrigens, fügte Painlevé hinzu, ist Sparsamkeit unbedingt nötig, um Schiffsraum für die Ueberführung amerikanischer Truppen freizumachen.

Die Mitarbeit der Vereinigten Staaten

an dieser Politik gemeinsamer Arbeit erklärte Painlevé für unentbehrlich, militärisch wie wirtschaftlich, und bestimmt werde das große amerikanische Volk an der nächsten Konferenz der Alliierten teilnehmen; sein Vertreter, Oberst House, werde helfen, endlich die Einheitlichkeit des Vorgehens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu erreichen, in derselben Gesinnung, die Frankreich bei den Verhandlungen über die Blockade, diese furchtbare Waffe, aus der die Alliierten nun endlich vollen Nutzen zu ziehen gedächten, und über die Herstellung von Kriegsmaterial und Flugzeugen gezeigt habe.

Es habe langer Bemühungen der gegenwärtigen und früherer Regierungen bedurft, um die sich nahe berührenden und verwickelten Pläne, die sich bald überschnitten, bald Lücken ließen, zusammen zu stimmen, aber jetzt würden die großen Mittel, welche die Beteiligung Amerikas am Kriege freigemacht hätte, planmäßig verwandt, so daß die Alliierten in kürzester Frist neue Heere ausrüsten könnten.

Aber ebenso sehr, wie von der notwendigen Entwicklung unserer Luftwaffe, erklärte Painlevé, hängt unsere Zukunft von unserer Ausdauer und Entschlossenheit angesichts eines so langen Krieges ab. Unvermeidlich müssen außergewöhnlich schwere Stunden durchgemacht werden, und unsere Zuversicht und Unerschrockenheit müssen sich verdoppeln. Neben den ungeheuren Mitteln, meinte Redner, die den Alliierten zur Verfügung stünden, bedürfe es der heiligen Einigkeit zwischen den alliierten Völkern. Diese werde herbeigeführt, Geduld und Ruhe würden trotz der bevorstehenden schweren Monate aufrechterhalten werden. Die bewundernswerte französische Nation werde sich durch keine Drohung des Feindes, durch keine Laune des Kriegsglücks erschüttern lassen, bis sie die Forderungen der Gerechtigkeit und ihren Willen durchgesetzt hätte. (Lebhafter Beifall.)

Painlevé erklärte dann, er nehme jede Interpellation diplomatischer oder militärischer Natur an, weigere sich aber, Fragen der inneren Politik zu erörtern.

Abel Ferry sagte, die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes der Alliierten ziele nur auf die Herstellung einer gemeinsamen Geheimkanzlei der Alliierten ab. Die Einheit der Handlungen werde man nur durch die Verschmelzung der Streitkräfte und die gemeinsame Organisierung der englisch-französischen Front erlangen. Bis jetzt sei sie künstlich in zwei Teile gespalten.

Der ehemalige Kriegsminister **Millerand** bemerkte, jedermann kenne den Generalissimus, der die deutsche Offensive gegen Italien leite, und fragt, wann die Entente sich entschließen werde, die Führung der Operationen einem Generalissimus anzuvertrauen. (Beifall auf verschiedenen Bänken, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Millerand erklärte weiter, wenn das Kriegskomitee ein Auskunftsorgan sein solle, so habe seine Errichtung seinen Beifall. Aber wenn es die Leitung der Operationen haben solle, so mißbillige er sie. Ein Rat der Vertreter der Alliierten würde für die Leitung der Operationen die gleichen Mängel haben wie das Kriegskomitee, außerdem aber noch andere Nachteile. (Lebhafter Beifall auf verschiedenen Bänken. Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Renaudel forderte Painlevé auf, die Kammer die Politik wissen zu lassen, die er in London und Italien betrieben habe.

Painlevé antwortete, die Kammer solle selbst erklären, ob die Regierung die nötige Autorität habe, um Frankreich auf der gemeinsamen Konferenz der Alliierten zu vertreten. Der gemeinsame dauernde Generalstab der Alliierten werde sich nicht mit den Einzelheiten der militärischen Operationen befassen und solle nicht die Rolle eines Oberkommandierenden spielen, er werde vielmehr die Zentralstelle der möglichst vollständigen Erkundungen sein, das Kontrollbureau der Anregungen und das technische Werkzeug für den Obersten Kriegsrat, er werde die Auffassungen der verschiedenen Regierungen einander nähern, um sie in dem einheitlichen Kampfe miteinander zu vereinigen. Wenn dieser dauernde Generalstab bestanden hätte, würden die Nebenfronten vielleicht nicht vernachlässigt worden sein. Er werde die Lage im Ganzen studieren, ohne die einzelne Bevorzugung der großen Fronten. Painlevé fuhr fort: Selbst wenn wir die Ernennung eines Oberbefehlshabers erreichen würden, könne dieser doch nur mit dem ständigen gemeinsamen Generalstab zusammenarbeiten. Der gemeinsame Generalstab werde die größten Dienste leisten.

Painlevé sprach über seine Reise nach London und erklärte, daß er sich dort mit der Verpflegung des Landes beschäftigt habe. Er fuhr fort: In Italien haben wir eine peinliche Lage vorgefunden, die sich von Stunde zu Stunde änderte, und die Hilfe beschlossen, welche wir unserem Verbündeten, unserer italienischen Schwester in der schwierigen Lage, in der sie sich befindet, bringen müssen. Die Regierung wird vor keiner Verantwortung zurückschrecken, um der Lage mit allen möglichen Kräften die Stirn zu bieten. Wenn Frankreich nicht zögert, seine Pflicht ganz zu erfüllen, so werden die Alliierten nicht zögern, ihre Pflicht zu tun, die der gleicht, die Frankreich getan hat.

Painlevé schloß, indem er die Kammer aufforderte, ohne jedes Kameradschaftsgefühl und in voller Freiheit ihr Urteil abzugeben, ob die Regierung die nötige Autorität habe, Frankreich auf der gemeinsamen Konferenz zu vertreten.

Hierauf nahm die Kammer mit 250 Stimmen gegen 192 die Tagesordnung Gardet an, die von der Regierung angenommen worden war.

Accambray wünscht sodann, den Kriegsminister über die Schmähungen, die gegen ihn vorgebracht worden seien, zu befragen.

Painlevé erklärte, daß die genaue Untersuchung Accambray von allen Beschuldigungen gereinigt habe.

Accambray antwortete, daß er die Bestrafung der Schuldigen erwarte. Die Kammer ist sehr erregt. Die Rechte wirft Accambray vor, daß er in der Anwesenheit von Ybarnegaray rede, der doch der Ankläger Accambrays gewesen sei. Endlich unter großem Lärmen verschiebt Accambray seine Interpellation bis nach Beendigung der Untersuchung.

Auf der Tagesordnung standen darauf Interpellationen über innere Politik und über verschiedene schwebende gerichtliche Verfahren. Painlevé verlangte, daß die Festlegung des Zeitpunktes dieser Interpellationen bis nach der Konferenz der Alliierten verschoben werden solle. Inmitten des Lärms verlangten verschiedene Abgeordnete eine sofortige Diskussion. **Painlevé bestand auf der Verschiebung der Interpellationen auf den 30. November und stellte die Vertrauensfrage. Die Vertagung der Interpellation wurden mit 277 Stimmen gegen 186 abgelehnt. Die Mitglieder der Regierung verließen inmitten großer Bewegung den Saal.**

Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Senators Humbert.

Paris, 14. November. (W. T. B.)

Der Senat nahm die von Bolo verlangte Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Senators Charles Humbert an.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England: 17 000 Bruttoregistertonnen.

Unter den vernichteten Schiffen befand sich ein großer englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers „Saxonia" (14 297 Bruttoregistertonnen).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der unsichtbare Kapellmeister.

Von [Nachdruck verboten.]

Leo Blech.

Auf den anregenden Aufsatz von Direktor Carl Meinhard „Der unsichtbare Regisseur" (B. T. vom 19. Nov., Abendausg.) sind zahlreiche Erwiderungen eingegangen, die sich teils zustimmend, teils ablehnend äußern. Wir bringen aus ihnen die Plauderei des Generalmusikdirektors Leo Blech, die ein verwandtes Gebiet behandelt.
Die Redaktion.

Direktor Meinhard hat einen unsichtbaren Regisseur an dieser Stelle auftreten lassen, dessen Einsamkeit mich dauert. Ich möchte sie lindern und geselle ihm den unsichtbaren Kapellmeister zu.

Es gab eine Zeit, da stand der Kapellmeister — mehr oder weniger angenehm sichtbar — mit seinem Pult an der Bühnenrampe, dicht hinter dem Souffleurkasten. Dann gerieten er und sein Pult in rückwärtige Bewegung; er retirierte zunächst in die Mitte des Orchesters und war dann nicht mehr zu halten, bis er an der Parkettbrüstung anlangte. Dort „gruppierte er sich neu" — und merkte nicht, daß die Parkettbrüstung hinter ihm zu wachsen begann, sich dehnte, reckte, wölbte, bis eines Abends der Kapellmeister unsichtbar war, verschluckt, verschlungen, versteckt. (Theater, die von vornherein im Bau die Unsichtbarkeit des Dirigenten berücksichtigt hatten, wie z. B. Bayreuth, München, Weimar, Charlottenburg, bleiben hier außer Betracht.)

Was war die Folge des Dirigenten-„Untergangs"? Er war zunächst einmal im großen und ganzen, wie Wotan sagt, „ausgeschlossen aus der seligen Schar" der — Applausbedachten. Das verschuldete die Orchesterbedachung.

An sich täte das nichts oder nicht viel; den Menschen kann noch Schlimmeres treffen. Man gewöhnt sich in stolzer Resignation daran, verborgen zu wirken; der Ouvertüren-Applaus, nicht mehr durch optische Beobachtungen gereizt, verdünnt sich — bleibt ganz aus — es tut nichts! Die applaustreibenden Aktschlüsse gehen gerade so gut ohne Beteiligung des Dirigenten vor sich. Die Eitelkeit, die sich zuerst aufbäumte, dann gekränkt war, schrumpft ein, stirbt ab (gelegentliche Rückfälle vorbehalten!): man wird besser, applausloser und erlebt schließlich mit befriedigtem Staunen an sich selber, schmerzlos die längsten Werke ohne Dirigenten-Applaus-Beteiligung zu Ende gehen zu sehen. Man war des süßen Giftes entwöhnt. . . .

Nun aber wird ein tragischer Zwiespalt in unserer Brust geweckt: der Vorhang fällt, des Beifalls ungehemmte Lust entlädt sich — da ertönt von mehr oder weniger holden und zahlreichen Lippen der Name des Dirigenten, vernehmlich, klangvoll gerufen. (Einsilbige Namen sind, weil bequemer, zu bevorzugen.) Was soll der stolz-bescheiden Resignierende nun tun? Alle abgestorbenen Eitelkeitsinstinkte wachen schmerzhaft und jäh auf! Soll er warten, bis er den Ruf nicht mehr ignorieren darf? (Fast beschämend!) Soll er sich entfernen und dann immer noch gerufen werden? (Verpaßte Gelegenheit!) Soll er seine Mitwirkenden seinem Namenszuruf weiter aussetzen? (Für Empfindliche kränkend!) Soll er, allen Rufern zum Trotz, einfach nicht erscheinen? (Unhöflich gegen seine Anrufer!) Der Augenblick drängt, er entscheidet sich: halb zog es ihn, halb sank er hin — vor den Vorhang — im grellen Rampenlicht, ein ästhetisch unbefriedigender Anblick! Ein Zivilfrack neben historischen Prunkkostümen, ein Frack neben der Lohengrin-Rüstung, ein bleich verfallenes (weil ungeschminktes) Antlitz neben den ausdrucksvollsten Leichner-Teints, ernstlich: ein unerfreuliches Ueberspringen der Schranke zwischen Schein und Sein. Wagner spricht einmal von der frechen Nähe des Theaters — — — —!

Was ist da zu tun? Nicht kommen? Absolut nicht? Unter keinen Umständen? Ein schwerer Konflikt in diesem schmerzlich-süßen Augenblick!

In Wien sah ich die erfreulich geschmackvolle Lösung: man empfing den ans Pult tretenden Dirigenten zu Beginn der Akte, man begrüßte ihn am Platz seines Wirkens.

Das geht leider nicht in Theatern, wo sich die Pultbesteigung unsichtbar vollzieht (wie bei uns). Was bleibt übrig? Ich sehe nur ein Mittel: Gründung eines Kartells der sich Nicht-Verbeugenden, eine Eidgenossenschaft der Sich-nicht-rufen-Lassenden! So wäre dieser wirklich nicht sehr geschmackvollen Sitte begegnet. Ich halte mich für diesen Klub der Nicht-Vortretenden zur Uebernahme des stellvertretenden Vorsitzenden-Postens bereit. Kommt's nicht dazu, laß ich mich eben doch wieder rufen! Inzwischen aber erwarte ich mit Gelassenheit, daß die beiden nun Zusammengebrachten — Direktor Meinhards unsichtbarer Regisseur und mein unsichtbarer Kapellmeister — mitleidig, überlegen über uns beide die Achseln zucken und erklären, ob man „wie gerufen" komme oder nicht — das sei doch alles so unwichtig, so unwichtig — — — —

Das schwedische Konzert, das morgen im großen Saal der Philharmonie stattfindet, wird für das Berliner Musikleben wie für die Beziehungen zwischen Deutschland und Nordland von großer Bedeutung sein. Die Deutsch-Schwedische Vereinigung, deren Vorsitzender Exzellenz v. Harnack und geschäftsführendes Mitglied Bürgermeister Reicke ist, hat als Dirigenten des Musikabends Edvard Armas Järnefelt, Kapellmeister am königlichen Theater in Stockholm und Leiter der Musikakademie, gewonnen. Als Solist wirkt Hofopernsänger John Forsell mit. Zum Vortrag kommt u. a. die Sinfonie singulière von Berwald, die Symphonie Nr. 3 E-dur von Hugo Alfvéns, die symphonische Dichtung „Traumgewalten" (nach Lenau) von Natanael Berg und Geibels Ballade „Der Tannhäuser", komponiert von August Söderman.

Altflämische Bühnenkunst in Leipzig. Aus Leipzig schreibt unser Korrespondent: Das Leipziger Schauspielhaus veranstaltete als künstlerische Morgenfeier eine Aufführung des alten flämischen Spiels von „Lanzelot und Sanderein". Professor Koester leitete die Aufführung durch einen Vortrag ein, in dem er darauf hinwies, daß von dem Lanzelotspiel Fäden zur „Emilia Galotti" und zur Luise Millerin führen. Es handelt sich in dieser Dichtung eines unbekannten Verfassers um die Liebe des jungen Lanzelot zu einem unebenbürtigen Mädchen Sanderein. Den Ränken der Mutter Lanzelots gelingt es, Sanderein seinen Wünschen gefügig zu machen; aber er verläßt sie nach der ersten Nacht. Ein redlicher Rittersmann wirbt um sie und vermählt sich mit ihr. Lanzelot verzehrt sich in Sehnsucht nach der Verstoßenen und gibt sich selbst den Tod. Das Werk enthält große sprachliche Schönheiten. J. M. Huebner hat die Dichtung ins Deutsche übertragen. Der Maler Erich Gruner hatte seine Bühnenbilder entworfen; Paul Mederow als Lanzelot und Gret Doerpelkus als Sanderein boten lebensvolle Gestalten.

Wohltätigkeitsvorstellung. Zugunsten der unter dem Ehrenprotektorat der Prinzessin zu Hohenlohe-Schillingsfürst stehenden Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumsstiftung „Das Kind" findet am 28. November eine große Wohltätigkeitsvorstellung im Metropol-theater statt. Zur Aufführung gelangt Raimunds „Verschwender" mit Alexander Girardi und Hansi Niese als Valentin und Rosel. Von einheimischen Künstlern wirken mit: Ilka Grüning, Helene Thimig, Michael Bohnen, Geheimrat Siegmund Lautenburg, Hein Salfner und Hermann Valentin. Außerdem wird E… Peters, die Primaballerina der königlichen Hofoper, in der Gesellschaftsszene die Spitzenpolka aus dem Ballett „Frühlingszauber" vor Prinz Joachim Albrecht von Preußen tanzen. Direktor Richard Schultz leitet die Inszenierung.

Theaterchronik. Lucie Höflich, die demnächst in den Kammerspielen des Deutschen Theaters zum ersten Male als Nora auftritt, wird noch in dieser Spielzeit in einer Einstudierung von Goethes „Egmont" das Klärchen spielen. Ferner ist eine Aufführung von Tolstois „Macht der Finsternis" mit Frau Höflich in der weiblichen Hauptrolle geplant.

Im Kleinen Theater geht in Abänderung des Spielplans Otto Soykas Komödie „Geldzauber" allabendlich in Szene.

Aus der Musikwelt. Heinrich Grünfelds erstes Abonnementskonzert findet am 16. November, abends 7½ Uhr, in der Singakademie unter Mitwirkung von Hertha Stolzenberg, Karl Flesch, dem Pianisten Joseph Schwarz, Joseph Wolfstha… (2. Violine), Emil Bohnke (Bratsche) statt. — Am 15. Novemb… abends ½8 Uhr, veranstaltet Leonid Kreutzer im Beethoven-Saal einen Klavierabend. — Luise Hirt gi… im Bechstein-Saal am 20. November, abends 8 Uhr, einen Liederabend (Gesänge von R. Wetz, H. Wolf, und Richard Strauß). Richard Strauß begleitet eigene Kompositionen.

Der Besuch des Kaisers auf dem italienischen Kriegsschauplatz.

Görz, 12. November.

Der deutsche Kaiser ist gestern auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz eingetroffen. In einer kleinen Station der Karsthochfläche empfing Kaiser Karl seinen Freund und Verbündeten. Zum Empfange hatten sich auf dem Bahnhof die Erzherzöge Max Friedrich und Eugen, sowie Prinz Felix von Parma eingefunden. Die beiden Kaiser begrüßten sich in herzlichster Weise mit Handschlag und wiederhaltem Kuß. Nach längerem Gespräch, in welchem Kaiser Wilhelm, wie er es schon am Vormittag telegraphisch getan hatte, unseren Kaiser zu seiner Errettung aus Ertrinkungsgefahr aufs neue beglückwünschte, begrüßte Kaiser Wilhelm die zum Empfang erschienenen Erzherzöge und den Prinzen Felix von Parma, dann das Gefolge, während Kaiser Karl das Gefolge des deutschen Kaisers willkommen hieß. Bald nachher traf König Ferdinand der Bulgaren mit den Prinzen Boris und Kyrill aus seinem Standort mittels Automobil ein. Es kam zu einer längeren Begegnung der drei verbündeten Herrscher. Nach herzlicher Verabschiedung setzte der deutsche Kaiser seine Reise an die Front fort.

Der König der Bulgaren fuhr an demselben Tag in Begleitung des Generaloberſten Freiherrn v. Dankl in den Standort des Heereskommandanten Feldmarschalls Erzherzog Eugen. Dann begab sich der König nach Udine, dessen Sehenswürdigkeiten er eingehend besichtigte. Nachts verließ der König mit den Prinzen und dem Gefolge den südwestlichen Kriegsschauplatz.

Triest, 13. November.

Seine Majestät der Kaiser hat sich heute früh in den Standort Seiner Majestät Kaiser Wilhelms begeben, und hat ihn dort zu einer Fahrt nach Görz und Aquileja abgeholt. Die beiden Kaiser fuhren gemeinsam in einem Auto. Die Fahrt führte über die Ruinenstätten unserer Isonzoverteidigung. Die beiden Kaiser fuhren durch die mehrfach außerordentlich starken Verteidigungsanlagen der Italiener. Sogar die Vorstädte von Görz sind für den erbitterten Widerstand eingerichtet. In die Mauern der Häuser sind Schießscharten gebrochen; viele Fenster sind mit Sandsäcken geschlossen; Hindernisse und Zwinger sind in die nach Görz führenden Straßen eingebaut. Görz, das eine Trümmerstätte ist, ist natürlich noch immer nur schwach bevölkert. Die Ruinen der Stadt waren beflaggt. Nach etwa einstündigem Verweilen fuhren die beiden Kaiser durch das zerstörte Gradiska und über Romans nach Aquileja ab. In Aquileja verabschiedeten sich die beiden Monarchen voneinander. Am Abend fand beim Kaiser Wilhelm ein Abendessen statt, an dem Kaiser Karl und Erzherzog Max mit militärischer Begleitung teilnahmen.

Bevorstehende Heimreise des Grafen Luxburg.

Buenos Aires, 14. November. (Agence Havas.)

Die Regierung hat einen Torpedobootzerstörer abgeschickt, um den Grafen Luxburg von der Insel Martin Garcia abzuholen, damit er Anstalten treffen könne, sich an Bord des Dampfers „Hollandia" nach Amsterdam zu begeben. Graf Luxburg wird bis zu seiner Abreise überwacht werden.

Die Unterbringung der deutschen Kriegsgefangenen in Holland.

Haag, 12. November.

In der der Zweiten Kammer zugegangenen Antwort der Regierung auf den vorläufigen Bericht über das erste Hauptstück des Staatshaushalts heißt es weiter: „Die Unterbringung der Kriegsgefangenen aus Deutschland und England, die in Holland interniert werden sollen, wird vorbereitet. In Wolfheeze ist ein Lager für 3000 Soldaten, in Hatten ein Lager für 1000 Zivilpersonen im Anbau. Wohnbaracken und Hilfsmaterial für den Bau werden aus Deutschland eingeführt. Außer in Baracken werden in diesen Orten die Deutschen auch in Hotels und Pensionen untergebracht werden. Die englischen Kriegsgefangenen werden im Haag, in Scheveningen, Rijswijk und Voorburg in Hotels und Häusern untergebracht werden. Die für den Seetransport sowie Verpflegung und Heizung notwendigen Kohlen werden von den daran interessierten Mächten geliefert. Auch die Lieferung von Lebensmitteln usw. durch diese Mächte ist in Vorbereitung."

Professor Dr. Sauerbruch über die bewegliche künstliche Hand.

∞ Am gestrigen kriegsärztlichen Abend im Kaiserin-Friedrich-Haus sprach Professor Sauerbruch (Zürich) über seine Methode, bewegliche künstliche Hände herzustellen. Seine Methode besteht darin, daß er die Muskulatur des amputierten Ober- oder Unterarmes in zwei Teile teilt und sie zu sogenannten Kraftwülsten umgestaltet. Jeder dieser Kraftwülste ist imstande, für sich allein oder gemeinsam Arbeit zu leisten. Durch diese Muskelwülste wird ein mit Haut ausgekleideter Kanal geschaffen und durch diesen ein Elfenbeinstift geführt. An dem Elfenbeinstift ist eine künstliche Sehne befestigt, die ihrerseits in Verbindung steht mit dem Mechanismus der künstlichen Hand. Durch die Kontraktur des einen Muskelwulstes wird erzielt, daß sich die Finger der künstlichen Hand schließen, durch die Kontraktur des anderen, daß sich die Finger wieder öffnen. Auf diese Weise entwickelt sich auf dem Wege über das Muskelgefühl auch eine Art Gefühl der künstlichen Hand, so daß der Betreffende mit seiner Hand die Größe und Beschaffenheit des gefaßten Gegenstandes beurteilen kann. Bei anderen Prothesen werden durch die Kontraktur des einen Muskelwulstes die Finger geschlossen (während eine Feder die Finger wieder öffnet) und durch die Kontraktur des anderen Muskelwulstes eine Drehbewegung der Hand ausgeführt. Bei den Oberarm-Amputierten kann auch eine Bewegung im Ellenbogengelenk hergestellt werden durch gleichzeitige Betätigung der anderen Schulter.

Diese Prinzipien hat Sauerbruch auch auf seine Arbeitsklaue übertragen, die es gestattet, die zur Arbeit notwendigen Geräte fest zu packen und in geeignete Stellung zu dem zu bearbeitenden Gegenstand zu bringen. Wenn man bisher der Meinung begegnete, daß die selbsttätige künstliche Hand nicht als Arbeitshand in Frage käme, so konnte man sich bei der gestrigen Demonstration überzeugen, daß diese Ansicht eine irrige sei. Sauerbruch hob mit aller Schärfe hervor, und die gezeigten Demonstrationen bewiesen dies, daß die Sauerbruchsche bewegliche Arbeitsklaue in ganz hervorragendem Maße befähigt, auch als Arbeitshand zu dienen. Es war eine Freude, zu beobachten, mit welcher Sicherheit, und man kann sagen, mit welcher Eleganz die Amputierten ihre Hände bewegten, und auf aller Gesichter stand die frohe Zuversicht, daß sie trotz ihres schweren Verlustes wieder brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft geworden waren. Besonders traf dies für einen doppelseitig Amputierten zu, der mit seiner künstlichen Hand in außerordentlich geschickter Weise Zigaretten einer Zigarettentasche entnahm und sich diese ohne jede Hilfe anzündete. Der gestrige Abend bewies, daß wir auf dem Wege zur Erlangung einer beweglichen Kunsthand ein großes Stück weitergekommen sind.

Erregung in England über die Rede Lloyd Georges.

Krisengerüchte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 14. November.

Nicholson schreibt in „Daily News": „Lloyd Georges Rede hat eine sehr ernste politische Lage herbeigeführt. Die konservativen Mitglieder des Kabinetts sind empört, daß sie nicht vorher über den Inhalt der Rede gehört wurden. Die konservative Partei im Unterhause wendet sich gegen die Rede, die man eine deutschfreundliche Propaganda nenne. Man befürchtet, daß dies in Amerika und in den neutralen Ländern eine schlechte Wirkung haben wird. Man äußert, daß England die Bundesgenossen in allen Fällen im Stich lasse, anstatt zu helfen." Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" erklärt, in den Couloirs des Parlaments herrsche ebenfalls Entrüstung wegen der Lage, die herbeigeführt worden ist. Einige Unionisten und viele Radikalen wiesen auf eine bevorstehende Krise hin. Der „Star" schreibt in einem Leitartikel: „Das englische Heer hat unbegrenztes Vertrauen in Haig und Robertson in dem Augenblick, da es nach der italienischen Front geworfen wird, um 1917 zu tun, was es 1914 bei Mons und Ypern tat; es ist verkehrt, an dem Glauben in die Befehlshaber zu rütteln. Deshalb halten wir Lloyd Georges Rede für einen bedauernswerten Mißgriff. Die Rede ist hysterisch und voller Widersprüche. Er war und ist verantwortlich für jeden dieser unglaublichen Mißgriffe. Er versuchte zu beweisen, daß Italiens Unheil dem Mangel an Einheit zuzuschreiben war. Nein, das Unheil wurde nicht verursacht dadurch, daß Frankreich und England sich weigerten, Geschütze und Mannschaften zu senden. Die Italiener verlangten dies gar nicht. Die Wahrheit über Serbien ist, daß wir weder Männer noch Kanonen zu entbehren hatten. Diese waren verspielt auf Gallipoli. Die Wahrheit über Rumänien ist, daß Stürmer es verraten hat. Die Wahrheit über Italien ist, daß eines der italienischen Heere mangelhaft geblieben ist. Kein Kriegsrat hätte dies ändern können." Der „Globe" sagt: „Lloyd George ist ein gefährlicher Volksleiter und nicht wählerisch in seinen Methoden. Das Volk wird nachdrücklich fordern, daß er zurücktrete. Es ist besser, tausend Lloyd Georges als den Krieg zu verlieren. Was unsere Soldaten schon lange fürchteten, ist im Begriffe zu geschehen. Möchte die Nation eingreifen, um ihm zuvorzukommen."

Eine „Heldengrabschrift".

Die Alldeutschen versuchen es auch mit der Kunst. In Plauen ist zum fünfzigsten Todestag Julius Mosens eine illustrierte Postkarte fabriziert worden, auf der man einen Grabstein sieht, neben dem ein triumphierender Engländer als Todesengel steht, während eine Germania, die ihre Krone vom Haupte genommen hat, trauernd abgewandt dasitzt. Auf dem Grabstein stehen Mosens Strophen: „Was half es, daß geflossen, so viel vom roten Blut?", die mit den Verszeilen enden: „Wohl euch, daß ihr erschlagen, daß ihr erschlagen seid!" Die Unterschrift lautet: „Deutscher Helden Grabschrift nach einem Scheidemann-Erzberger-Frieden". Ueber dem Grabe fliegt ein zerrupfter Rabe krächzend, mit aufgesperrtem Schnabel, davon. Offenbar ein alldeutscher Rabe.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Die bevorstehenden Vorlagen.

Der Reichstag tritt, wie berichtet, am Donnerstag, 29. November, zu einer neuen Tagung von etwa zweiwöchiger Dauer zusammen. Der neue Reichskanzler legt Wert darauf, sich so früh wie möglich dem Parlament vorzustellen und das Programm seiner inneren und äußeren Politik bekannt zu geben. An seine Ausführungen dürfte sich eine mehrere Tage dauernde Debatte schließen. Dem Reichstag wird eine Vorlage unterbreitet werden, die einen neuen Kriegskredit von 15 Milliarden Mark fordert. In Aussicht gestellt sind, einer Nachrichtenstelle zufolge, ferner das Arbeitskammergesetz und mit ihm gewisse Erweiterungen der Koalitionsfreiheit. Die Arbeitskammern sollen möglichst rasch eingeführt werden, damit sie in Preußen Vertreter in das neue Herrenhaus entsenden können. Die Uebergangswirtschaft wird Gegenstand eingehender Beratung sein. Ernährungsfragen und Kohlenverteilung sollen erörtert werden. Die Steuerpläne sind zur Besprechung im Reichstage noch nicht reif, ebenso kommt der Haushaltsplan des Reiches für 1918 jetzt noch nicht zur Vorlage, sondern erst im Januar. Erwartet werden schließlich noch die bereits angekündigten bevölkerungspolitischen Vorlagen, die dem Geburtenrückgang entgegenwirken sollen. Auch einem Gesetzentwurfe zur Teilung der Riesen-Reichstagswahlkreise sieht man entgegen. Nach ihm soll die Zahl der Reichstagsabgeordneten um etwa dreißig vermehrt werden.

Braunschweigischer Landtag.

(Von unserem Korrespondenten.)

× **Braunschweig**, 13. November.

Der 33. ordentliche Landtag ist heute zur Fortsetzung der Verhandlungen wieder zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Präsident, Oberbürgermeister Retemeyer, Braunschweig, eine zeitgemäße Ansprache an die Versammlung. Darauf erteilten sämtliche Abgeordnete dem durch den Krieg veranlaßten Gesetzentwurf über die Verlängerung der Mandate der Landtagsabgeordneten bis zum Ablaufe des Kalenderjahres 1918 ihre Zustimmung. Die Anträge und Gesetzentwürfe über die Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages, die Kriegsteuerungszulagen für Beamte und staatliche Lohnarbeiter und die Verlängerung der Wahlperiode der Kirchengemeinderäte gingen zur Vorberatung an die zuständigen Kommissionen. Nach Erledigung der heutigen Tagesordnung vertagte sich der Landtag bis zum 27. November d. J. Diese neue Tagung bringt hoffentlich auch den Entwurf eines volkstümlichen Landtagwahlrechtes, dessen Vorberatung schon geraume Zeit eine besondere Kommission beschäftigt.

Tirpitz beim Reichskanzler.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **München**, 14. November.

Großadmiral v. Tirpitz wurde heute vom Reichskanzler Grafen Hertling empfangen. Ferner hat eine Abordnung der Zentrumsfraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer heute nachmittag dem Reichskanzler, Grafen Hertling, vor seiner Abreise nach Berlin einen Abschiedsbesuch gemacht.

Die Englische Gasanstalt.

Der Kreistag Niederbarnim bewilligt 90 Millionen Mark.

Nachdem kürzlich der Kreistag des Kreises Teltow den Kauf der Englischen Gasanstalt beschlossen hat, beschäftigte sich der Niederbarnimer Kreistag in seiner heutigen Sitzung gleichfalls mit der Uebernahme der Werke. Der Kreisausschuß hatte die Uebernahme der Gasanstalten empfohlenn und beantragte hierfür ein Darlehen bis zur Höhe von 90 Millionen Mark aufzunehmen.

Der kommissarische Landrat v. Bredow begründete die Vorlage und gab einen ausführlichen Rückblick auf die Entwicklung der Englischen Gaswerke. Er führte dann aus: Der Kreis Teltow hat bereits den Beschluß gefaßt, die Werke zu übernehmen. Dem Teltower Kreise kann der Liquidator für das ganze Unternehmen den Zuschlag erteilen. Wenn der Niederbarnimer Kreistag heute gleichfalls den Beschluß fasse, so sei anzunehmenn, daß der Liquidator den beiden Kreisen gemeinsam den Zuschlag erteilen werde.

Gemeindeabgeordneter Busch (Reinickendorf) bewunderte den kaufmännischen Mut, mit dem der Kreisausschuß vorgegangen sei. Positives enthalte die Vorlage nicht, alles wären nur „Annahmen". Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß die Werke zwar erworben werden sollen, aber nicht zum Preise von 85,2 Millionen. Ferner hegt der Redner große Bedenken gegen die Rentabilität der Werke. Hinzu käme, daß vom Jahre 1924 ab Berlin und Schöneberg das Recht haben, Gas von der Englischen Gasanstalt nicht mehr zu beziehen. Beide Gemeinden verbrauchen jetzt 70 Millionen Kubikmeter Gas, die Hälfte der gesamten Abgabe. Es müsse damit gerechnet werden, daß diese beiden Gemeinden im Jahre 1924 als Kunden abgehen, dann säßen die Kreise mit einem dicken Kopf da. Abgeordneter Busch beantragte, die Vorlage einer Kommission zur genauen Prüfung zu überweisen. Inzwischen waren mehrere Anträge eingegangen.

Bürgermeister Abraham (Niederschönhausen) beantragte, daß die gasabnehmenden Gemeinden am Gewinn beteiligt werden sollen. Bürgermeister Berthold (Pankow) brachte einen Antrag ein, nach dem das Werk an der Oberspree der Gemeinde Oberschöneweide für 5 Millionen abgetreten werden soll.

Nach zweistündiger Erörterung wurde der Antrag des Kreisausschusses gegen 2 Stimmen angenommen und 90 Millionen Mark für die Uebernahme bewilligt. Der Antrag, die Gemeinden am Gewinn zu beteiligen, wurde angenommen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

In der heutigen Vormittagsziehung fielen:
2 Gewinne zu 40 000 Mark auf Nr. 123 035.
2 Gewinne zu 15 000 Mark auf Nr. 208 773.
4 Gewinne zu 10 000 Mark auf Nr. 67 026 210 309.
2 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 86 093.
54 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 11 830 16 153 22 855 42 420 62 758 64 364 72 354 77 064 109 951 116 591 130 933 135 145 135 785 142 793 143 276 146 128 146 459 146 660 154 543 168 493 174 753 185 355 187 709 214 813 217 842 225 171 230 861
136 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 975 15 009 15213 21 119 26 101 26 188 30 672 31 118 33 980 35 320 35 678 40 869 40 949 46 881 47 334 49 790 52 223 63 283 65 624 65 755 66 638 70 084 73 121 75 562 82 162 88 834 91 056 93 919 102 150 105 203 105 277 113 238 113 317 113 961 115 276 118 549 120 498 129 727 131 926 132 359 134 978 143 380 143 561 144 011 144 959 148 775 150 168 161 508 169 938 172 865 173 733 180 593 183 776 186 614 189 218 195 803 196 074 199 069 201 039 202 157 202 922 207 326 208 124 219 567 220 578 224 588 226 176 232 106.

Die Stadtverordneten zur Schneeschippverordnung. Die Fraktionen im Berliner Rathaus haben sich gestern abend mit der Verfügung des Oberkommandos in den Marken über die Reinigung der Straßen und Plätze von Schnee und Eis beschäftigt. Die Stadtverordneten Imberg, Baurat Körte und Bankdirektor Dr. Gelpcke haben mit Unterstützung der Freien Fraktion der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat zu der Verfügung des Oberkommandos in den Marken über die Schneebeseitigung im Landespolizeibezirk Berlin umgehend Ausführungsbestimmungen zu erlassen, damit unnötige Härten und Belästigungen vermieden werden und die in der Bürgerschaft entstandene Unruhe beseitigt wird." Die sozialdemokratische Fraktion der „U. S. P." hat gleichfalls einen dringlichen Antrag eingebracht. Dieser lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, auf die Aufhebung des Erlasses des Oberkommandos in den Marken über die Reinigung des Fahrdamms von Schnee und Eis durch Hausbesitzer usw. und Mieter hinzuwirken." Beide Anträge sollen schon morgen zur Beratung kommen.

Prinzessin August Wilhelm ist mit ihrem Sohne, dem Prinzen Alexander, nach Posen übergesiedelt und hat im Kaiserschloß Wohnung genommen. Bekanntlich ist Prinz August Wilhelm dort in der Zivilverwaltung tätig.

Geheimer Hofbaurat Ludwig Heim, der namentlich beim Bau der Berliner Stadtbahn mitgewirkt hat, ist gestern im Alter von 74 Jahren gestorben. Geheimrat Heim hat auch zahlreiche Berliner Hotelbauten errichtet, so das Palasthotel, Bellevuehotel, Monopolhotel. Ferner baute er das Haus der Diskontogesellschaft in der Behrenstraße, das des Unionklubs in der Schadowstraße, schuf die neue Saalanlage der Philharmonie und leitete den Umbau der königlichen Oper. Der jetzt Verstorbene war auch eine in der Berliner Gesellschaft sehr geschätzte Persönlichkeit.

Der Oberpostdirektor von Berlin, Geheimer Oberpostrat Vorbeck, feiert heute sein 25jähriges Jubiläum als Oberpostdirektor. Am 14. November 1892 wurde er zum Oberpostdirektor von Arnsberg ernannt. Dieser Bezirk wurde dann mit der Oberpostdirektion Dortmund verschmolzen. Im Jahre 1899 wurde Geheimem Rat Vorbeck die Oberpostdirektion Hamburg übertragen. Seit Frühjahr 1905 leitet Geheimer Rat Vorbeck die Oberpostdirektion in der Reichshauptstadt. Er hat sich allen Ehrungen durch eine Reise entzogen.

Kleine Notizen. Eine Ehetragödie hat sich in der Baumschulenstraße 37 zu Baumschulenweg abgespielt. Dort vergifteten sich die Eheleute Schneider mit Leuchtgas. Als man die Wohnung öffnete, war der Mann bereits tot, die Frau starb auf dem Wege zum Krankenhaus. — Auch in der Frankfurter Allee 1 hat sich eine ähnliche Ehetragödie ereignet. Der im vierten Stock des Vorderhauses wohnende 58 Jahre alte Büchsenmacher Louis Kohlborn und dessen 51 Jahre alte Ehefrau Martha haben sich mit Gas vergiftet. Die Ursache des Doppelselbstmordes ist noch nicht aufgeklärt.

Zugszusammenstoß auf dem Bahnhof Karlshorst. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich heute früh kurz nach 5 Uhr auf dem Bahnhofe Karlshorst. Dort hielt ein Güterzug, der voll beladen war. Noch ehe er abgelassen wurde, lief der von Posen kommende Personenzug, dessen Führer das Haltesignal übersehen hatte, ein. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem die letzten Wagen des Güterzuges ineinandergeschoben wurden. Der Bremser dieses Zuges sprang, als er die Gefahr bemerkte, ab, wobei er ein Bein brach. Sonst wurde niemand verletzt. Dagegen ist der Materialschaden erheblich. Durch den Zusammenstoß trat eine Verkehrsstörung ein, die bis 9½ Uhr dauerte.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Süddeutschland größtenteils trocken, vielfach Nachtfrost, im äußersten Osten vielfach starke, in den meisten anderen Gegenden geringe Niederschläge.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe oder nebelig ohne erhebliche Niederschläge.

* Ernteergebnisse und Ernteaussichten.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Die erste Hälfte des Novembers hat noch verhältnismässig milde Witterung gebracht, die nach der Erledigung der Kartoffelernte auch die Bergung der Rüben in befriedigender Verfassung gestattete. Gleichzeitig machten die Bestellarbeiten gute Fortschritte, während naturgemäss der weitere Ausdrusch des Getreides erst ganz zuletzt wieder etwas mehr an die Reihe kam. Die lange Pause, die in den Getreideablieferungen seit Anfang Oktober eingetreten war, und die nach den alljährlichen Erfahrungen vorausgesehen werden musste, hat die Massnahmen, durch die hohe Frühdruschprämie einen grossen Teil des Brotgetreides im August und September herauszuholen und damit unsere Brotversorgung über die alljährliche Zeit der knappen Ablieferungen hinaus zu sichern, glänzend gerechtfertigt. Man hofft nun auf einen baldigen Wiederbeginn der Weizen- und Roggenzufuhren. Von Gerste und Hafer waren entsprechend der schwachen Ernten des Sommergetreides die Ablieferungen seither sehr mässige. Bei dem grossen Heeresbedarf wurde besonders in Hafer der private Verbrauch bisher nur spärlich beliefert, und voraussichtlich wird sich darin auch nicht viel ändern. Der Saatguthandel in Sommergetreide, dessen Beginn eigentlich erst für den Januar bestimmt war, ist seit dem 1. November eröffnet, gleichzeitig wurde der Preis für Saathafer und Saatgerste um jene 60 Mark pro Tonne erhöht, die als Fortdauer der Druschprämie allgemein für Hafer und Gerste als Zuschlag zum Höchstpreise bezahlt werden. Die Ablieferung des jetzt gehandelten Saatguts darf indessen vor dem 1. Januar nicht erfolgen. Bis jetzt war der Umsatz noch schwach. Der Handel wird dadurch erschwert, dass viele zugelassene Kaufleute nicht das Recht haben, überall im Reiche die erstandene Ware zu verkaufen, sondern meist nur in ihrer eigenen Heimatprovinz. Das ist nicht nur ein Nachteil für die Händler, sondern auch für deren landwirtschaftliche Verbraucher. Die Umsätze in Saatkartoffeln waren im Lande sehr grosse, weil diese nur bis Mitte November gehandelt werden sollten. Man erwartete allerdings eine Verlängerung der Frist um einige Wochen, da bislang von einer solchen nichts bekannt geworden ist. Der Verkehr in Rüben ist durch die im Vergleich zu allen sonstigen Speise- und Futterartikeln sehr niedrigen Erzeugerpreise erschwert. Sicherlich liegt hierin auch der Grund für die Nichterfüllung vieler Anbauverträge, wodurch die Nachfrage der Kommunen beim Handel dauernd stark bleibt. In Klee- und Grassämereien ist der geschäftliche Verkehr noch sehr still, da bis jetzt die Landwirte keine Zeit hatten, ihre Ware marktfertig zu machen. Es fehlt daher auch noch jeder Ueberblick über das Ernteergebnis der einzelnen Arten.

Die Nachrichten vom Auslande bleiben spärlich und sind zum Teil älteren Datums. Von Amerika verspätet sich die Meldung der November-Ackerbaustatistik, die wegen der neuen Schätzung des Maisertrages Interesse bietet. Bekanntlich soll die Maisernte der Vereinigten Staaten drüben wie in Europa mehr als sonst zu Nahrungszwecken, neben ihren gewaltigen Aufgaben für die Fleisch- und Fettproduktion, herhalten. Mit der Leistungsfähigkeit der Weizenernte sieht es drüben infolge der Höchstpreise schlimmer aus, als die dortige Regierung angenommen hatte. So sind an den von der Statistik kontrollierten westlichen Hauptzufuhrmärkten der Union vom 1. Juli bis 1. Oktober nur 1,6 Mill. To. Weizen zugeführt gewesen gegen 3,6 Mill. im Vorjahre und 3,2 Mill. in 1915. Angeblich soll die amerikanische Regierung auch der Entente bereits die Notwendigkeit einer Ausfuhrverminderung für Weizen in Aussicht gestellt haben. Wir hatten schon in früheren Berichten darauf hingewiesen, dass die erwarteten grossen Leistungen der Vereinigten Staaten nur möglich sein würden, wenn die amerikanische Bevölkerung die ihr von der eigenen Regierung zugemutete Einschränkung des Weizenverbrauchs befolgt. Wie aus der hiergegen sich erhebenden Agitation hervorgeht, besteht dazu aber wenig Neigung. Von Kanada sind den bisherigen Ernteschätzungen, die ungefähr 6 Mill. To. Weizenergebnis annehmen, gegen 5,9 Mill. im Vorjahre, keine weiteren gefolgt. Die letzten Berichte Argentiniens liessen mehr zwischen den Zeilen als im Text lesen. So wurden mässige Regenfälle in einzelnen Distrikten erwähnt, während man in den letzten Wochen offenbar ausgiebiger Nässe im ganzen Lande bedurfte. Des weiteren ist bemerkenswert, dass die früher sich jedesmal wiederholende Bezeichnung der Ernteaussichten „ausgezeichnet" sich in den letzten Berichten in „befriedigend" gewandelt hatte. Es scheint somit nicht mehr alles so ungetrübt in den Laplatastaaten zu sein, wie es früher der Fall war. Bemerkenswert ist übrigens, dass der neulich aus England gemeldeten Schätzung des erwarteten argentinischen Weizenüberschusses von 6 Mill. To. eine andere, aus Spanien vorliegende Taxe von 4 Mill. To. folgte. Bis jetzt ist bekanntlich die argentinische Weizenausfuhr verboten, doch hat nun die Börse in Rosario, in deren Bezirk zuerst der Export beginnt, um Freigabe ersucht. In Australien hat sich wenig geändert. Die Vorräte bleiben infolge des mangelnden Schiffsraumes andauernd auf der bisherigen Höhe von annähernd 3½ Mill. To., und man erwartet ein weiteres Wachsen aus der neuen, bald fälligen Ernte. Wie weit der Plan bezüglich des Baues von zahlreichen über das ganze Land verbreiteten Silos behufs Aufnahme der Vorräte gediehen ist, lässt sich aus den Meldungen nicht ersehen. Wahrscheinlich ist er von der Verwirklichung noch fern. In Russland ist bezüglich der Versorgung ein arger Wirrwarr und Notstand. Man darf annehmen, dass bei den Erzeugern in manchen der Hauptproduktionsgebiete noch viel Getreide sich befindet, dass aber schon wegen der auch im eigenen Lande erfolgten Entwertung des Rubels das Material nicht herausgegeben wird. In den europäischen Ländern ist nun durchweg mehr oder weniger die Ausschaltung jedes freien Getreidehandels erfolgt, und auch die Rationierung gewinnt immer weiter an Boden. Es ist dabei bemerkenswert, dass die deutsche und österreich-ungarische Brotration die der meisten anderen Länder übertrifft.

* * *

Nach Berichten, die das statistische Amt des russischen Ministeriums für Landwirtschaft von ihren Korrespondenten aus den 46 Gouvernements des europäischen Russlands erhalten hat, stellt sich auf Grund der Probedrusche die Ernte der Hauptgetreidearten in 1917, verglichen mit den Ziffern des Vorjahres, wie folgt (in Mill. Pud; 1 Pud = 16 375 Kilogramm):

	1916	1917	weniger in 1917	in Prozenten
Roggen	1296	1059	237	18,28
Winterweizen	326	288	38	11,65
Sommerweizen	404	383	21	5,19
Gerste	465	431	34	7,31
Hafer	747	552	195	26,10

Die Ernte von Hirse, Buchweizen, Erbsen und Mais ist nach denselben Angaben als eine mittlere zu bezeichnen.

*** Zur Frage der Zuckerversorgung** hat die Regierung kürzlich Erklärungen abgegeben, nach denen die ausreichende Versorgung der Rohzuckerfabriken und Raffinerien mit Kohlen usw. unbedingt in Aussicht genommen ist. Dazu bedarf es aber einer schnell zufassenden Hand. Denn, wie uns unser Magdeburger Korrespondent meldet, tauchen schon jetzt begründete Befürchtungen auf, nach denen Störungen in den Betrieben eintreten müssen, wenn nicht rechtzeitig genug Vorsorge getroffen wird, um die Zufuhren von Kohlen und Rüben zu beschleunigen. Die Aufrechterhaltung der Raffineriebetriebe ist dabei zunächst weniger wichtig, als die der Rohzuckerfabriken, bei denen eine Unterbrechung der Arbeiten unbedingt verhindert werden muss. Denn Verbrauchsware ist vorläufig auf geraume Zeit hinaus in genügenden Mengen vorhanden; die Raffinerien warten sogar sehnsüchtig auf grössere Abrufe, um nicht wieder gezwungen zu sein, umfangreiche Einlagerungen vornehmen zu müssen. Auch hier sollte das Kriegsernährungsamt nicht zögern, die notwendigen Massnahmen so schnell wie möglich zu ergreifen. Schliesslich erscheint es aber noch unbedingt notwendig, dem übermässigen Köpfen und der Viehfütterung der rohen Rüben entgegenzutreten; nur dann würde die Möglichkeit bestehen, die Belieferung mit Zucker in dem entsprechend gleichen Umfange wie bisher aufrechtzuerhalten.

*** Postanweisungen nach Luxemburg.** Um dem Missbrauch des Postanweisungsdienstes nach dem Auslande zur Erzielung von Kursgewinnen in der Reichsmark zu steuern, ist bekanntlich im vergangenen Jahre vom Reichspostamt verfügt worden, dass die Verkehrsanstalten sich von jedem, der nach einem fremden Lande 500 M. und darüber auf gewöhnliche oder telegraphische Postanweisungen einzahlt, Inhalt und Zweck des Geschäfts, für das die Zahlung dient, angeben und durch Nachweise belegen lassen. Diese Bestimmung ist jetzt für Postanweisungen nach Luxemburg aufgehoben worden. Bei Einzahlungen auf Postanweisungen nach diesem Lande brauchen also Inhalt und Zweck des Geschäfts, für das die Zahlung dient, nicht mehr angegeben oder durch Nachweise belegt zu werden.

Weitere Preiserhöhung für elektrische Glühlampen. Die deutschen Glühlampenfabriken haben beschlossen, den Teuerungszuschlag für Glühlampen mit Wirkung vom 13. November von 40 auf 75 pCt. zu erhöhen.

*** Teutonia Misburger Portland-Cementwerk** in Hannover. Das finanzielle Ergebnis des Unternehmens für 1917 wird, wie uns berichtet wird, günstiger als das vorjährige ausfallen und aller Voraussicht nach die Wiederaufnahme der in den letzten beiden Geschäftsjahren unterbrochenen Dividendenzahlung gestatten. Die letzte Ausschüttung erfolgte für 1914 in Höhe von 10 pCt.

*** Stahnsdorfer Terrain-Akt.-Ges. am Teltow-Kanal.** Bei dem Unternehmen schweben, wie uns berichtet wird, aussichtsreiche Verhandlungen wegen Verkaufs eines Teils eines grossen Terrainbesitzes. Als Käufer käme eine grosse Behörde in Frage.

*** Maschinenfabrik Schiess Akt.-Ges.** in Düsseldorf. Die Generalversammlung beschloss die Kapitalerhöhung um 1,7 auf 5 Mill. M. Die neuen Aktien übernimmt ein Bankenkonsortium (Deutsche Bank und C. G. Trinkaus) zu 110 pCt. und bietet sie den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 2 zu 1 zum gleichen Kurse mit Dividendenschein am 1. Januar 1918 an. Zur Begründung wurde mitgeteilt, dass umfangreiche Aufträge für Heeresbedarf und grössere Neuanlagen eine Verstärkung der Betriebsmittel erforderlich machten. Das Unternehmen sei lebhaft beschäftigt und verfüge über reichliche Aufträge. Die sofort zahlbare Dividende wurde auf 10 pCt. festgesetzt.

*** Akt.-Ges. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial** in Görlitz. In der Generalversammlung wurde ein Aktienkapital von 2 646 600 M. durch 4411 Stimmen vertreten. Die Ausschüttung einer Dividende von 13 pCt. wurde genehmigt. Das Werk ist nach Mitteilung der Verwaltung mit Staatsaufträgen sehr stark beschäftigt; die etwas gespannte Finanzlage erkläre sich durch reiche Materialbeschaffungen, die eine gesicherte Fortführung des Betriebes gewährleisten.

*** Das Oesterreichische Zementkartell** wird, wie uns aus Wien gemeldet wird, mit dem Ende dieses Jahres aufgelöst. Die Staatsverwaltung soll die Gründung eines „Kriegsverbandes der Zementindustrie" für die Dauer von zwei Jahren planen.

*** Ausgabe einer englischen Prämienanleihe?** Der Finanzminister Bonar Law machte im Unterhause Mitteilung von dem Plane der Ausgabe einer Prämienanleihe. Zum Zwecke der Vorarbeiten für diese Frage soll eine besondere Kommission ernannt werden.

*** London,** 13. November. (Spezial-Telegramm.) Die sichtbaren Zinnbestände in England betrugen am 31. Oktober dieses Jahres 15 430 To. gegen 20 162 To. im Vorjahre. — Der Verkauf von Kriegsbonds erreichte in der letzten Woche eine Höhe von 14 857 000 Pfd. Sterl. — Die Royal Mail Steamship Co. erklärte eine unveränderte Interimsdividende von 4 pCt., die Peninsular and Oriental Co. von wieder 18 pCt.

* Lieferungsverträge mit und ohne Kriegsklausel.

Durch Vertrag vom 12. April 1912 verpflichtete sich die Deutsche Petroleumverkaufs-Ges. in Hamburg, der Firma S. in Altona bis Ende 1915 das von dieser benötigte Petroleum zu liefern. In dem Vertrage ist eine Kriegsklausel nicht enthalten. Als im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges das Petroleum knapp wurde, wollte die Verkäuferin die ihr zur Verfügung stehenden Vorräte auf alle ihre Kunden (29 100 Kleinhändler, von denen nur 1684 Verträge ohne Kriegsklausel haben) verhältnismässig verteilen, so dass keiner die volle ihm zustehende Menge erhalten sollte. Damit war die Firma S. nicht einverstanden; sie meinte, die Verkäuferin könnte sich das zur Erfüllung ihres Vertrages nötige Quantum Petroleum verschaffen, indem sie den anderen Kunden gegenüber, in deren Vertrag eine Kriegsklausel enthalten ist, von dieser Kriegsklausel Gebrauch mache und deren Verträge aufhebe. Nach fruchtloser Fristsetzung zur Lieferung der vollen vertraglichen Menge verlangte die Käuferin von der Verkäuferin für das vierte Vierteljahr 1914 rund 5200 M. Schadenersatz wegen Nichterfüllung.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht Hamburg haben die Beklagte zum Schadenersatz verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Es fragt sich, ob die Beklagte verpflichtet war, die mit Kriegsklausel abgeschlossenen Verträge aufzuheben und sich auf diese Weise in den Stand zu setzen, die Verträge zu erfüllen, die eine Kriegsklausel nicht hatten. Das ist zu bejahen. Die Kontrahenten ohne Kriegsklausel hatten einen Rechtsanspruch auf Erfüllung ihrer Verträge. Solange die Beklagte in der Lage war, diesem Anspruche dadurch zu genügen, dass sie sich ihren Kontrahenten mit Kriegsklausel gegenüber auf ihr Recht zur Verweigerung der Lieferung berief, kann von einer Unmöglichkeit der Erfüllung nicht die Rede sein. Die Beklagte versucht weiter, ihre Haltung mit einer Art von sozialer Verpflichtung zu rechtfertigen, indem sie geltend macht, durch die Aufhebung der Verträge mit Kriegsklausel würden Tausende von Kleinhändlern und Millionen von Verbrauchern in Deutschland kein Petroleum mehr erhalten haben. Auch das kann nicht durchschlagen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Weigerung der Beklagten, eine Anzahl von Kleinhändlern nicht mehr zu beliefern, zugleich eine entsprechende Anzahl von Verbrauchern betroffen hätte, oder ob nicht vielmehr diese Verbraucher dann von den andern Kleinhändlern mitversorgt worden wären. Hiervon ganz abgesehen ist die Beklagte eine private Gesellschaft, die nicht dazu berufen ist, den gleichmässigen Absatz von Petroleum in Deutschland zu regeln, eine Aufgabe, die vielmehr den Reichs- und Staatsbehörden obliegt. Die Beklagte war, nachdem sie zweierlei Verträge mit ihren Abnehmern geschlossen hatte, unter allen Umständen verpflichtet, die Konsequenzen ihres Verhaltens zu tragen und die Kunden, die auf Grund ihrer Verträge ein Recht auf Lieferung hatten, zu befriedigen.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die Revision der Beklagten zurückgewiesen. (Aktenzeichen: II. 246/17. — Urteil des Reichsgerichts vom 13. November 1917.)

* * *

Es ist bei der vorstehenden Entscheidung wohl zu beachten, dass seinerzeit, als der Vertrag erfüllt werden sollte, von einer Verteilung des Petroleums, wie sie in der Bundesratsverordnung vom 8. Juli 1915, bzw. in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom Sept. 1915 angeordnet wurde, noch nicht die Rede war. Wäre diese Bestimmung schon getroffen gewesen, so hätte sie, so weit sie überhaupt in bestehende Verträge eingriff, sowohl die Verträge mit wie ohne Kriegsklausel berührt. In diesem Falle hätte dann der Beklagte die Unmöglichkeit der Leistung mit der Begründung geltend machen können, er sei an der Erfüllung seiner Verpflichtung durch höhere Gewalt verhindert worden. Dem Reichsgerichtsurteil ist vollständig zuzustimmen, wenn es davon spricht, eine private Gesellschaft sei nicht dazu berufen, den gleichmässigen Absatz von Petroleum zu regeln. Solange keine gesetzliche Regelung getroffen ist, gibt es nur dann eine Unmöglichkeit der Erfüllung, wenn alle rechtlich zulässigen Mittel erschöpft sind; erst wenn die Regelung erfolgte, können die allgemeinen sozialen Gesichtspunkte Geltung gewinnen.

* An der Börse

riefen die internationalen Vorgänge, insbesondere der Sturz des französischen Kabinetts Painlevé und die neuen Meldungen aus Russland, nach denen die Möglichkeit eines Obsiegens der Maximalisten nicht von der Hand zu weisen ist, eine feste Grundstimmung hervor, die sich auf fast alle Marktgebiete erstreckte. Von Montanwerten konnten u. a. die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksges., der Harpener Ges., des Bochumer Vereins, der Caro Hegenscheidt-Ges., der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsges., der Bismarck-Hütte, der Königsborn-Ges., der Stahlwerke van der Zypen, des Georg Marien-Bergwerks, der Westfälischen Stahlwerke, des Milowiczer Eisenwerks, des Eisenhüttenwerks Thale, der Riebeck Montanwerke anziehen. Auch für Rüstungswerte überwog die Kaufneigung. Dies gilt allerdings nicht so sehr für die eigentlichen Rüstungsaktien, von denen die Werte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sowie der Rheinischen Metallwarenfabriken eine leichte Besserung erfahren konnten, sondern vornehmlich für Automobilaktien. Insbesondere konnten die Aktien der Daimlerwerke und der Adlerwerke Kleyer kräftig anziehen. Auch die Papiere der Hansa Hloyd, Benz- und Horch-Werke wiesen Kurserhöhungen auf. Von Kaliwerten konnten sich die Aktien der Deutschen Kaliwerke, der Kaliwerke Westeregeln, Aschersleben und Ronnenberg bessern. Schiffahrtswerte waren wenig verändert, die der Kosmos-Ges. höher. Von Petroleumwerten zogen die Aktien der Steaua Romana und der Deutschen Erdöl-Ges. an, die der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges. gaben nach festem Beginn etwas nach. Im übrigen waren gesucht u. a. die Aktien der Thörl-Ges., der Anglo Guanoges., der Pauksch Maschinenfabrik, der Berlin-Neuroder Kunst-anstalten, der Bergmann-Elektrizitätswerke, der Stodick-Ges., der Orenstein & Koppel-Ges., der Fehlberg, List u. Co.-Ges., der Schiffswerft Weser, der Grossen Berliner und Hamburger Strassenbahn. Schwächer waren u. a. die Werte des Anilinkonzerns. Auch die von Wien abhängigen Papiere (Orientbahnen, Tabakregie, Südbahn) gaben nach. Dagegen waren Kolonialpapiere und russische Bankaktien gebessert.

Am Rentenmarkt zogen heimische 3proz. und 4proz. Papiere sowie die Russische Anleihe von 1902 an.

Die Devisenkurse waren unverändert.

Tägliches Geld stellte sich auf etwa 4 pCt.

*

*** Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr.** Der Verein für die Interessen der Fondsbörse beruft auf den 24. November 1917, nachmittags 5½ Uhr, nach der Ressource von 1794, Schadowstrasse 7, eine Versammlung der Berliner Privatbankfirmen zwecks endgültiger Beschlussfassung über die Errichtung der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ein. Der Satzungsentwurf der B. B. W. hat inzwischen unter Mitwirkung der in der Versammlung vom 27. Oktober d. J. gewählten Kommission eine den Wünschen dieser Versammlung entsprechende Abänderung erfahren. Gegen die von zahlreichen Firmen gewünschte Erhöhung der Provisionssätze hat die Stempelvereinigung b[ei] den mit ihr geführten Verhandlungen keine grundsätzliche Ab-neigung geltend gemacht, sie will vielmehr zunächst über die bish[er] in Aussicht genommenen Mindestsätze hauptsächlich aus dem Grun[de] nicht hinausgehen, weil durch die alsdann erforderlichen Verhandlungen mit auswärtigen Bankenvereinigungen das Zustandekommen der Gemein-schaft erschwert oder doch wesentlich verzögert werden könnte; die Stempelvereinigung hat sich jedoch bereit erklärt, nach Errichtung der Gemeinschaft in erneute Verhandlungen über eine Erhöhung der Provisionssätze einzutreten. Auch darüber, dass die der B. B. W. angehörenden hiesigen Bankfirmen gegenüber den Mitgliedern der Stempel-vereinigung sowie der auswärtigen Bankenvereinigungen im geschäftlichen Verkehr auf wesentliche Vergünstigungen Anspruch erheben können, bestand volles Einverständnis. Der Anschluss an die Gemein-schaft wird bis zum 27. November d. J. jeder Berliner Bankfirma freistehen, nach diesem Tage bedarf die Aufnahme eines Beschlusses der Gemeinschaftsleitung.

Kopenhagen, 13. November. (W. T. B.) Sichtwechsel auf Hamburg 41 (12. November: 44), auf Amsterdam 127 (131), auf London 13,[…] (14,10), auf Paris 50 (52).

New-York, 13. November. (Privat-Kabeltelegramm.)

	13. 11.	12. 11.		13. 11	12. 1[1]
Tendenz f. Geld	stetig	stetig	N.-Y. Hudson River	68	68
Geld a. 24 Stunden	4	4	N.-Y. Ontario West.	18	18
Geld a. 24 Stund. l. D.	3¾	3¾	Norfolk u. Western	103	103
Wechs. a. Berl. (Sicht)	—	—	Northern Pacific	86¼	[illegible]
do. Paris (Sicht)	5,7625	5,76	Pennsylvania	47⅞	48
do. Lond. (60 Tg.)	4,7150	4,7150	Reading	67⅞	67
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	19	18
Silber Buillon	86	86⅞	Southern Pacific	[illegible]	81
North Pacific 3% Bds.	—	—	do. Railway	[illegible]	24
San Franc 4% Prior Lien Bds. Ser. A.	—	—	do. do. pref.	57	57
			Union Pacific	112	11[…]
San Franc 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	do. pref.	74	74
			Wabash pref.	40¾	40
San Franc. 6% Adjust Bonds	—	—	Western Maryland	—	—
			American Can	—	—
South Pacific 4% Bds	—	—	Amer. Car u. Foundry	62	62
Atchison Top. u. St. Fé	84½	84⅝	American Locomotive	—	—
Baltimore u. Ohio	52½	53	Americ. Smelting Ref.	72⅞	73
Canadian Pacific	131⅝	133[…]	American Sugar Ref.	—	—
Chesapeake u. Ohio	47	47⅛	Anac. Copper Mining	56¼	55
Chicago, Milwaukee	36¾	36⅞	Bethlehem Steel	77	78
Denver u. Rio Grande	6	6	Central Leather	—	—
Erie	14¾	15	Consolidated Gas	80½	81
Erie fst pref.	22½	22¾	General Electric	125	125
Great Northern pref.	92	91	Internat. Harvester	—	—
do. Oro Certif.	24¼	25	Intern. Mercant. com.	—	—
Illinois Central	93½	93½	Intern. Mercant. pref.	—	—
Interborough Consol.	6¾	6⅞	National Lead	42¼	4[…]
Lehigh Valley	52¾	52¼	Republ. Iron u. Steel	—	—
Louisville u. Nashv.	113	113	Unit. Stat. Steel Corp.	92	9[…]
Missouri, Kans u. Tex.	—	4¼	do. do. pref.	10[illegible]	10[…]
Nat. Railw. Mexiko pr.	—	5	Utah Copper	75[illegible]	75
Missouri Pacific n. A.	22	22½	Virg. Carolina Chem.	—	—

Dividenden und Abschlüsse.

Brauerei zum Felsenkeller bei Dresden. Nach 311 343 (1915/16: 478 492) Abschreibungen aus einem Ueberschuss [von] 1 330 105 M (1 477 446) wieder 10 pCt. auf die Aktien und wie[der] 50 M. auf den Genussschein.

Tivolibrauerei in Stuttgart. Vorschlag wieder 5½ pCt.

Bierbrauerei Akt.-Ges. vorm. Gebr. Hugger. Vorsch[lag] wieder 8½ pCt.

Brauerei Gottlieb Büchner Akt.-Ges. in Erfurt. Vorsch[lag] wieder 7 pCt.

h. Diamant-Werke vorm. Gebr. Nevoigt Akt.-Ges. V[or]schlag 10 pCt. (seit 7 Jahren 0 pCt.). Die Generalversammlung [soll] Beschluss fassen über die Verschmelzung mit den Elite-Werk[en] in Brand-Erbisdorf. Den Aktionären der Diamant-Werke wird ge[gen] Hergabe von zwei Diamant-Aktien eine Aktie der Elite-Werke [mit] Dividendenberechtigung vom 1. Oktober 1917 ab angeboten. [Die] Elite-Werke zahlen für 1916/17 40 pCt. Dividende gegen 25 pCt. [in] 1915/16.)

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A. Carl Koenemann, Bahnhof Alexanderplatz, Dirck[sen]strasse. Inh. ist Carl Koenemann. — Max Halpern, Berlin-Schö[ne]berg, Meraner Str. 3. Inh. ist Max Halpern. — Georg Block, Köllnischen Park 6. Inh. ist Georg Block. — Ernst Ba[…] Nachflg., Hollmannstr. 18. Inh. ist Paul Krause. — Wal[…] Rumpf. Inh. ist jetzt Lola Sklarz geb. Pundyk. — Herma[nn] Zühlsdorf. Inh. ist jetzt Hedwig Zühlsdorf geb. Heller. — L[ud]wig Fränkel, Getreide-Commissions-Geschäft. [Inh.] ist jetzt Curt Heymann. — Hermann Fiebach, Bootswe[rft] und Motorenfabrik lautet die Firma jetzt. — Julius Eng[el]mann. Inh. ist jetzt Arthur Hess. — Max Huth. Inh. ist [...] Marie Huth geb. Borchert. — Ad. Kück & Co. Die Ges. ist [auf]gelöst, die Firma gelöscht. — Gelöscht sind die Firmen: Franz H[…]bauer, Fabrikation von Accumulatoren. — Schi[…]ler & Kolberg.

Abt. B. Berliner Holz-Comptoir. Vorstandsmit[glied] Ernst Kuntze †; Wilhelm Wolff zu seiner Vertretung bis zum 1. 1[…] aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand abgeordnet. — Arm[ee]marinehaus. Vorstandsmitglied Heinrich Freiherr v. Gablen[z …] Friedrich Graf v. Baudissin ist zum stellvertr. Mitglied des Vorsta[nds] (Direktorium) ernannt.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski, Bi[…]felde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arn[…] Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block, Schöneberg; für die Han[dels]zeitung: Dr. jur. Felix Pinner, Friedenau; für den übrigen Teil [des] Blattes: Albert Pilz, Charlottenburg; für die Inserate: Ro[…] Franke, Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.